

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung
des Rates
vom 25.04.2019**

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:21 Uhr

Anwesend sind:

Entschuldigt fehlen:

Einwohnerfragestunde

RV Leefers eröffnet die Einwohnerfragestunde. Diese wird nicht in Anspruch genommen.

TOP 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	VorlNr.
--------------	--	---------

RV Leefers begrüßt alle anwesenden Personen und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge	VorlNr.
--------------	--	---------

RV Leefers berichtet, dass der Tagesordnungspunkt 15 „Stellenplan 2019 – Nachtrag“ vom Verwaltungsausschuss vertagt wurde und daher nicht im Rat beraten werden kann.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

TOP 3	Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2019	VorlNr.
--------------	---	---------

Die Niederschrift vom 14.03.2019 wird einstimmig genehmigt.

TOP 4	Informationen über Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs	VorlNr. 0558/2016-2021/1
--------------	--	-----------------------------

GB Dr. Blome berichtet, dass sie aufgrund der öffentlichen Diskussion rund um § 219 a StGB auf der Internetseite der Stadt Rotenburg (Wümme) keine Informationen zu diesem Thema gesehen hat. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden durch sie angeregt.

Kenntnisnahme:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass auf der städtischen Homepage Informationen zur Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung veröffentlicht werden sowie darüber hinaus Kontaktdaten von anerkannten Beratungsstellen und niedergelassenen Ärzt*innen und Kliniken der Stadt Rotenburg (Wümme) sowie im Landkreis, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren bzw. diese vornehmen und die mit der Veröffentlichung einverstanden sind.

Zwar hat der Bundestag einem Kompromiss der Regierungskoalition zur Änderung des § 219a StGB zugestimmt, so dass nun Ärzte und Kliniken z. B. auf ihrer Internetseite veröffentlichen dürfen, ob sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen oder nicht – weitergehende Informationen zu Methoden oder Risiken bleiben weiterhin untersagt.

Der Kompromiss wurde seitens vieler Frauenverbände scharf kritisiert. Nach wie vor ist es für die betroffenen Frauen schwierig, die für sie notwendigen Informationen zu bekommen.

Eine gebündelte Veröffentlichung aller relevanten Informationen und Adressen auf der Internetseite der Stadt könnte hier eine wichtige Hilfestellung und Entlastung für die Frauen sein, um in einer Notlage schnell an relevante Informationen zu gelangen.

Der entsprechende Eintrag auf der Internetseite der Stadt Rotenburg ist wie folgt geplant:

Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Schwangerenberatung

Sie oder ihre Partnerin sind schwanger und haben Fragen rund um das Thema Schwangerschaft?

Nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) können Sie sich in den anerkannten Beratungsstellen über alle die Schwangerschaft mittelbar oder unmittelbar betreffenden Fragen informieren und beraten lassen.

Hierzu zählen u.a.

- bestehende familienfördernde Leistungen und Hilfen für Kinder und Familien, einschließlich der besonderen Rechte im Arbeitsleben,
- Vorsorgeuntersuchungen bei Schwangerschaft und die Kosten der Entbindung,
- soziale und wirtschaftliche Hilfen für Schwangere, insbesondere finanzielle Leistungen
- sowie Hilfen bei der Suche nach Wohnung, Arbeits- oder Ausbildungsplatz oder deren Erhalt.

Die Beratung ist kostenfrei und auf Wunsch anonym.

Ungeplant oder ungewollt schwanger. Was nun?

Viele Schwangerschaften sind nicht geplant. Bringt Sie die Schwangerschaft in eine Konflikt- oder Notsituation, dann haben Sie ebenfalls einen Anspruch auf eine **umfassende, ergebnisoffene, kostenfreie und anonyme Beratung** in den anerkannten Beratungsstellen.

Die Schwangerschaftskonfliktberatung informiert über weiterführende Hilfe- und Unterstützungsangebote, über medizinische und rechtliche Bedingungen sowie über Möglichkeiten einer anonymen Geburt oder der Freigabe zur Pflege oder Adoption des Kindes. Die Beratungsstellen informieren aber auch über die Möglichkeiten, Methoden und Risiken eines Schwangerschaftsabbruchs.

Adressen von Beratungsstellen

(...)

Liste von Krankenhäusern und Praxiseinrichtungen die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen

(...)

Weiterführende Informationen

Liste anerkannter Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Land Niedersachsen (über die Internetseite des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)

Schwangerschaftskonfliktberatung und Schwangerschaftsabbrüche. Ratgeber für Frauen bei ungewollter Schwangerschaft (mehrsprachig) (über die Internetseite des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung)

www.schwanger-und-viele-fragen.de (Informationsseite des Bundesministeriums Familie, Senioren, Frauen und Jugend, mit dem Hinweis auf das Hilfetelefon „Schwangere in Not“ – kostenlose und vertrauliche Beratung unter 0800 – 40 40 020)

(...)

TOP 5 Breitbandausbau

VorlNr.
0566/2016-2021

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig Variante B: Prio 1, 2, 3 127.320,00 €

**TOP 6 Beschluss über eine überplanmäßige Auszahlung für den
Neubau des Feuerwehrhauses Waffensen**

VorlNr.
0574/2016-2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2019 in Höhe von 100.000 € für den Neubau des Feuerwehrhauses in Waffensen. Die überplanmäßige Auszahlung wird gedeckt durch eine Einsparung in 2019 für den Bau bzw. die Ausstattung der Mensa an der Stadtschule.

**TOP 7 Erhöhung der Mindestabstände für Spielhallen gem. § 10 Abs.
3 Nds. Glücksspielgesetz**

VorlNr.
0556/2016-2021

Bgm Weber erklärt, dass die Satzung die Anzahl der Spielhallen zur Prävention von Spielsucht reduzieren soll.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig die Satzung „Mindestabstände für Spielhallen“ (1A02) und erhöht die Mindestabstände damit von derzeit 100m auf 450m.

TOP 8 Erlass einer Verordnung über die Pflicht zur Kastration, Kennzeichnung und Registrierung von Katzen (Katzenschutzverordnung)

VorlNr.
0561/2016-2021

Bgm Weber berichtet, dass die Verordnung auf Wunsch der Tierschutzorganisationen abgeschlossen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) beschließt einstimmig, die Verordnung über die Pflicht zur Kastration, Kennzeichnung und Registrierung von Katzen (1A2, Katzenschutzverordnung).

TOP 9 17. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Waffensen (Sozialstation) und Bebauungsplan Nr. 15 von Waffensen - Sozialstation -; Beratung und Beschluss über die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der öffentlichen Auslegung, der Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss

VorlNr.
0543/2016-2021

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt erhebt die Vorschläge des Bürgermeisters einstimmig zu den eingegangenen Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der öffentlichen Auslegung und zur Beteiligung der Behörden sowie sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Beschluss.
2. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig die 17. Änderung des IV. Flächennutzungsplanes, Teil B, Waffensen (Sozialstation) gemäß § 10 BauGB und die Begründung.
3. Der Rat der Stadt beschließt einstimmig den Bebauungsplan Nr. 15 von Waffensen – Sozialstation - gemäß § 10 BauGB als Satzung und die Begründung.

TOP 10 Mitgliedschaft im Verein "Initiative CO2-Abgabe e. V.,; Ratsantrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.09.2018

VorlNr.
0462/2016-2021

BG Dembowski dankt Frau Rieß für die gute Vorbereitung des Vortrages im Umweltschutzausschuss und betont, dass das Thema ein schwieriges sei. Es habe es bis in den Bundestag geschafft, aber leider habe es der Antrag der Grünen im Umweltschutzausschuss nicht geschafft positiv „durchzukommen“. Sie werde jetzt Widerspruch zu den Gegenargumenten einlegen. Ein Gegenargument sei gewesen, wo man die Grenze ziehe und in wie viele Vereine man noch als Stadt beitreten sollte. Darauf sei ihre Antwort, dass das Klima die Grenze ziehe. Man könne sich im persönlichen Bereich für das Klima engagieren, aber vielmehr müsse die Bundesregierung dies tun. Ein weiteres Gegenargument sei gewesen, dass dies nicht Kommunalpolitik sei. BG Dembowski betont, dass es Kommunalpolitik sei, denn man sei betroffen. Man sei betroffen von großer Hitze und dies ganz unmittelbar. Sie verlangt, dass man mehr Druck machen müsse. Man müsse zeigen, dass man es hier verstanden habe und das Zeichen setzen, dass man den Klimaschutz in die Hand nehme, denn hier könne man noch einiges ändern. Man müsse am Thema dranbleiben und Mut besitzen. Die

Stadt und die Stadtwerke könnten nur durch Innovationen in dem Bereich profitieren und dies zeige nach außen hin ein gutes Renommee. Sie beantragt eine namentliche Abstimmung.

RH von Hoyningen-Huene berichtet, dass ein Produkt nicht beinhalte was, dies der Natur koste. Die Natur würde keine Rechnung stellen und der Artenrückgang sei ebenfalls ein Preis. Die vollständigen Kosten seien bislang nicht vollständig verteilt und dies gehe nicht ohne Ge- und Verbote. Der CO²-Handel in Leipzig habe zu geringe Preise und laut Weltbank seien die Co²-Steuern eine Umschichtung die zwar die Preise erhöhen, aber Anreize geben um die Immissionen zu reduzieren. Er berichtet, dass Schweden und Slowenien bereits seit einiger Zeit, genauso wie die Schweiz, Steuern haben die die Bürger auf anderer Weise wieder zurückbekommen. Rotenburg (Wümme) sei als Kommune betroffen vom Klima und dementsprechend sollte dies auch Thema in Rotenburg (Wümme) sein.

RH Peters betont, dass das Thema „Klima“ tagtäglich in der Presse und dementsprechend nicht wegzudenken sei. Der Klimawandel sei nicht regional, sondern weltweit. Weltweit leisten alle Menschen einen wesentlichen Beitrag zum Klimawandel. Unter Wissenschaftler*innen sei es umstritten, inwieweit CO² zum Klimawandel beitrage und die Zahlen könne man verschieden interpretieren. Es gebe eine Bandbreite an Einschätzungen von einer lediglichen Verschiebung der Klimazonen bis zur Katastrophe. Eine skeptische Haltung solle erlaubt sein und es gebe viele Daten und Fakten die von den wenigsten bestritten werden. Er führt die Länder Russland, China, USA und Indien, als die Länder, mit den meisten Emissionen auf. Diese Länder alleine seien für 50 % der Emissionen verantwortlich. Er berichtet, dass Deutschland nur 2,5 % der weltweiten Emissionen verursache und dies im Verhältnis sehr wenig sei. China baue derzeit rund 300 neue Kohlekraftwerke und der US-Präsident Trump halte auch nichts von Klimaschutz. Deutschland und die europäischen Staaten seien sehr vorbildlich, aber die Bemühungen seien „noch nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein“. Die Mitgliedschaft in dem Verein habe keinen Sinn und Zweck und werde das Klima nicht verändern. Der Verein betreibe Lobbyarbeit und es sei nicht erkennbar wie diese die Änderung der Besteuerung herbeiführen werde. Der Dialog zur Verbesserung des Klimas müsse weitergeführt werden und er gebe BG Dembowsky recht, dass man Einfluss nehmen müsse.

BG Kohlmeyer bestätigt, dass die Themen „Klima“ und „Umweltschutz“ insgesamt Wichtige sind. Besonders auch bei Kindern und Jugendlichen sei dieses Themengebiet aktuell wieder sehr wichtig. Allerdings sei es eher Landes- und Bundespolitik und er stelle in Frage, ob man als Kommune in einem Verein sein muss. Die CO²-Besteuerung sei mittlerweile in der Bundespolitik angekommen und die diskutierten Änderungen würden nicht kostenneutral gestaltet werden. Man solle sich nicht als Kommune für Steuererhöhungen einsetzen.

RH Gori äußert, dass er entsetzt sei, dass der Stadtrat über 200 Euro pro Jahr so ausgiebig diskutiere. Man solle durch einen positiven Beschluss ein Signal an die Bürger*innen in der Umgebung geben.

RH Dr. Rinck entgegnet, dass es nicht um das Geld gehe. RH Kohlmeyer habe es „auf den Punkt“ gebracht, denn es gehe um die Frage, ob es die Aufgabe der Stadt sei, in dem Verein Mitglied zu sein. Die Antwort sei: nein und die Diskussion führe in die Irre.

RF Niemeier berichtet, auf den Redebeitrag von RH Peters hin, dass es nichts bringe bei anderen die Schuld zu sehen. Im Verbraucherschutz gebe es die Umkehr der Beweislast und dies könne man doch für den CO²-Ausstoß ebenso regeln. Deutschland sei beim Klimaverbrauch auf Platz 11, die USA und China seien größer aber seien nicht bereit die Verantwortung zu tragen. Der Wettbewerb um das Klima zu verbessern bleibe in Deutschland.

RH Grafe bedankt sich bei der Fraktion der Grünen für den Antrag, denn dies sei ein wichtiges Thema. Auf den Redebeitrag von RH Dr. Rinck antwortet RH Grafe, dass man sich als Stadt die Frage stellen sollte, wer man sei und wie man sich positioniere. Seiner Meinung nach solle man als Stadt sagen wo, man stehe und sagen welche Ziele man verfolge. Auf

den Redebeitrag von RH Peters sagt RH Grafe, dass seine Einschätzungen „Mittelalter“ seien und weit weg von der Realität. Er entgegnet auf den Redebeitrag von BG Kohlmeyer, dass die CO²-Belastung teurer wird und dass die 2,5 % deutschlandweiten CO²-Ausstosse durch 1 % der Bevölkerung verursacht werde.

BG Dembowski geht auf den Vorwurf des großen Aufwands ein und stellt klar, dass dieser nicht so groß sei. Man müsse in den drei Jahren nur rund 1.000 Euro bezahlen. Sie schätzt ein, dass die Personen, die beim Bund eine gewisse Expertise besitzen, auch die wirtschaftlichste Umrechnung der Steuern hinkriegen könnten. CO² müsse auch im Verkehrswesen umgerechnet werden. Eine Zugfahrt von Hamburg nach München werde z. B. nur um 1,70 Euro teurer.

RH Emshoff beschwert sich, dass die Diskussion „aus dem Ruder“ laufe. Man müsse nicht „entsetzt“ sein, sage er in Richtung von RH Gori, denn Jede*r habe den Willen das Klima zu retten. Es sei nicht gut, persönliche Vorwürfe zu artikulieren. Eine Verkehrswende müsse her und dann sei eine Klimarettung machbar. Die 250 Euro zu investieren halte er nicht für gut.

Bgm Weber dankt BG Dembowski für den Ratsantrag und schätzt ein, dass eine Ablehnung wahrscheinlich ist. Herr Dr. Dembowski, BG Dembowskis Ehemann, habe ihn damals darauf angesprochen und nun liege der Ratsantrag vor. Er schlägt vor, dass man sich positiv damit beschäftigen sollte den Rotenburg (Wümme) sei immerhin eine „bienenfreundliche“ und „fahrradfreundliche“ Kommune und Mitglied im Klimabündnis. Der Umweltverbrauch müsse einen Preis haben und dies sei nun zum Glück „Bundesthema“. Das Fracking verboten wurde, sei auch ein Erfolg dieser Region rund um Rotenburg (Wümme), denn selbst „die Bayern“ seien, nachdem das Reinheitsgebotes des Bieres vielleicht durch das Fracking gefährdet gewesen sei, dagegen angegangen. Ein Zeichen auch für die Jugendlichen zu setzen sei wichtig. Ein Spruch aus dem Handballsport gehe so: „Wenn nicht jetzt, wann dann.“. Die Diskussion sei, in Richtung von RH Emshoff gesprochen, keine persönliche und er würde sich freuen, wenn der Ratsantrag „durchkommen“ würde. Schließlich sei aber auch die von den Grünen angeregte Diskussion wertvoll, denn auch hier sei „der Weg das Ziel“ zu mehr Umweltschutz.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) lehnt mit namentlicher Abstimmung mehrheitlich ab, der Klimaschutz-Initiative „CO₂Abgabe e.V.“ beizutreten.

Namentliche Abstimmung in der Ratssitzung der Stadt Rotenburg (W.) am 25.04.2019 - TOP 10 „Mitgliedschaft im Verein "Initiative CO₂-Abgabe e. V.; Ratsantrag von Bündnis 90/ Die Grünen vom 21.09.2018“

Name	ja	nein	Enthaltung
Bargfrede, Heinz-Günter		X	
Bassen, Marion	X		
Behr, Heike abwesend			
Berg, Mattina abwesend			
Dembowski, Elisabeth	X		
Disterhof, Anna abwesend			
Emshoff, Volker		X	
Gori, Gilberto	X		
Grafe, Frank	X		
Grafe, Marje	X		
Hickisch, Joachim	X		

Holsten, Eike		X	
Jürgensen, Jan Till	X		
Kettenburg, Franziska			X
Klammer, Rolf abwesend			
Klee, Mirco		X	
Kohlmeyer, Jens		X	
Leefers, Hartmut		X	
Lüttjohann, Uwe abwesend			
Martin, Hermann	X		
Matusall, Inga Agneta abwesend			
Niemeier, Anke	X		
Ossadnik, Thomas		X	
Peters, Frank		X	
Purrucker, Tilman		X	
Rinck, Dr. Klaus		X	
Schenckenberg, Dirk		X	
Schwedesky, Gunter		X	
Thies, Manuela	X		
von Hoyningen-Huene, Ekkehard	X		
Wagner, Bernhard		X	
Warnken, Sabina		X	
Westermann, Frank		X	
Weber, Andreas - Bgm	X		
Ergebnis	12	15	1

TOP 11 Änderung der Parkgebührenordnung

VorlNr.
0545/2016-2021

Bgm Weber betont, dass es auch bei dieser Sache um ein Zeichen für den Umweltschutz gehe.

RH Holsten bestätigt, dass die CDU auch für ein Signal pro Umwelt sei. Allerdings sei die Werbung für E-Autos dazu nicht geeignet.

BG Kohlmeyer kann sich keine Änderung der Parkgebührenordnung vorstellen und betont, dass E-Autos nicht umweltverträglich sind. Die Gewinnung der nötigen Rohstoffe unter schrecklichen Arbeitsbedingungen sei nicht besser als ein normales Benzin-Auto. Ökologisch, ökonomisch und sozialverträglich sei das Ziel mehr Fahrräder in Rotenburg (Wümme) fahren zu lassen. E-Autos sollten nicht gefördert werden und daher werde er heute nicht zustimmen.

BG Dembowski betont, dass es ein Signal an die Menschen geben muss, damit sich etwas ändert. Sie verspricht einen Ratsantrag zur Förderung des Fahrradverkehrs zu stellen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rotenburg (Wümme) lehnt bei 16 Nein-Stimmen mehrheitlich die als Anlage beigefügte 3. Änderung der Gebührenordnung der Stadt Rotenburg (Wümme) für das Parken an Parkscheinautomaten (ParkGO) vom 23.09.1993 ab.

TOP 12 Neufassung der Gebührensatzung der Volkshochschule Rotenburg (Wümme)

VorlNr.
0568/2016-2021

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig die Neufassung der Gebührensatzung der Volkshochschule Rotenburg (Wümme) in der vorliegenden Fassung.

TOP 13 Änderung der Honorarordnung der Volkshochschule Rotenburg (Wümme)

VorlNr.
0569/2016-2021

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig die Honorarordnung der Volkshochschule der Stadt Rotenburg (Wümme) entsprechend der Anlagen 1 und 2 zu ändern und neu zu fassen.

TOP 14 1. Änderung des Stellenplans 2019

VorlNr.
0557/2016-2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Stellenplan 2019 bei einer Enthaltung einstimmig im Vorgriff auf den Erlass einer Nachtragshaushaltssatzung wie folgt zu ändern:

I Beschäftigte - Stellenanhebungen**1. Stadtbibliothek**

- a) 1,0 Stellen von EG 6 TVöD nach EG 9a TVöD
- b) 0,9 Stellen von EG 5 TVöD nach EG 7 TVöD
- c) 0,8 Stellen von EG 5 TVöD nach EG 8 TVöD

2. Ordnungsamt – Pass- und Meldeamt

- a) 1,0 Stellen von EG 8 TVöD nach EG 9a TVöD
- b) 1,0 Stellen von EG 5 TVöD nach EG 8 TVöD
- c) 2,0 Stellen von EG 5 TVöD nach EG 6 TVöD

3. Hauptamt

- a) 1,0 Stellen von EG 9b TVöD nach EG 10 TVöD
- b) 1,5 Stellen von EG 5 TVöD nach EG 6 TVöD

4. Amt für Verkehr, Entsorgung und Umweltschutz

- a) 1,0 Stellen von EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD

5. Amt für Planung, Entwicklung und Bauen

a) 0,75 Stellen von EG 10 TVöD nach EG 11 TVöD

6. Amt für Finanzen

a) 1,0 Stellen von EG 9a TVöD nach EG 9b TVöD

TOP 15	Verweisung von Ratsanträgen in die zuständigen Fachausschüsse:	VorlNr.
---------------	---	---------

TOP 15.1	Ratsantrag der Arbeitsgruppe WIR/FDP vom 12.04.2019 zur Ausführung der Dacheindeckung an der Kapelle Waldfriedhof	VorlNr. 0577/2016-2021
-----------------	--	---------------------------

Beschluss:

Der Ratsantrag wird einstimmig in den Ausschuss für Planung und Hochbau verwiesen.

TOP 16	Mitteilungen und Anfragen	VorlNr.
---------------	----------------------------------	---------

TOP 16.1	Städtebaulicher Vertrag zu den Windkraftanlagen	VorlNr.
-----------------	--	---------

Bgm Weber berichtet, dass der städtebauliche Vertrag mit Herrn Trochermann zu den Windkraftanlagen geschlossen wurde.

TOP 16.2	Urlaub des Bürgermeisters	VorlNr.
-----------------	----------------------------------	---------

Bgm Weber berichtet, dass er vom 29.04 bis 10.05.2019 Urlaub hat. Er werde in der Zeit von Erster Stadträtin Nadermann und von den stellvertretenden Bürgermeistern vertreten.

TOP 16.3	neue Helene-Zeitung	VorlNr.
-----------------	----------------------------	---------

GB Dr. Blome berichtet, dass eine neue „Helene“-Zeitung zum Thema „100 Jahre Frauen Wahlrecht“ erschienen sei. Es sei eine gute Arbeit geworden und sie hoffe auf einen reißenden Absatz.

TOP 16.4	5. Kulturbankett	VorlNr.
-----------------	-------------------------	---------

StR Radtke berichtet, dass das 5. Kulturbankett am 29.06.2019 stattfindet. Es werden noch insbesondere Gastgeber*innen und auch Gäste*innen gesucht.

TOP 16.5	Anfrage der Arbeitsgruppe WIR/FDP zum Unterrichtsausfall an Rotenburger Schulen	VorlNr.
-----------------	--	---------

RH Hickisch erkundigt sich nach dem Stand der Anfrage der Arbeitsgruppe WIR/FDP zum Unterrichtsausfall an Rotenburger Schulen und beschwert sich, dass die Arbeitsgruppe sich doch direkt an die Landesschulbehörde richten hätte können. Die Verwaltung werde mit derart Anfrage nur unnötig belastet. Die Zuständigkeit stehe im Landesschulgesetz und dies müsse BG Kohlmeier bekannt sein.

RV Leefers ermahnt RH Hickisch, da dieser die Möglichkeit der Stellung von Anfragen für Beschwerden missbraucht.

Bgm Weber antwortet auf die Anfrage von RH Hickisch, dass man die Anfrage der Arbeitsgruppe WIR/FDP zuständigkeitshalber an die Landesschulbehörde weitergeleitet habe.

TOP 16.6 Liste der Mitgliedschaften der Stadt Rotenburg (Wümme) in Vereinen VorlNr.

RH Peters fragt, wann die Liste der Mitgliedschaften der Stadt Rotenburg (Wümme) in Vereinen vorliegt.

Bgm Weber berichtet, dass die Liste aufgrund einer langfristigen Erkrankung bislang nicht vorgelegt werden konnte.

TOP 16.7 Fahrradreparaturstation am Pferdemarkt VorlNr.

RH Klee fragt, wo die Fahrradreparaturstation gerade ist.

Bgm Weber antwortet, dass an der Station die Fahrradpumpe schon mangelhaft geliefert wurde. Da die Station so „vandalismussicher“ und die Firma in Süddeutschland ist, konnte die Station nicht vor Ort repariert werden, sondern musste komplett eingeschickt werden.

RH Kohlmeier ergänzt, dass man dann auch das Kabel des Inbusschlüssels verlängern sollte.

RV Leefers schließt um 21.19 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet um 21:20 Uhr den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Bürgermeister

gez. Vorsitzende/r

gez. Protokollführer/in

Die Vorlagen sind Bestandteil der Niederschrift.